

Anfragen zum Plenum in der 11. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Horst Arnold
(SPD)

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gute-KiTa-Gesetzes in Bayern frage ich die Staatsregierung, in welcher Form die im Gesetz vorgesehene Beteiligung der örtlichen Träger der Jugendhilfe, der freien Träger, Sozialpartner sowie Vertreterinnen und Vertreter der Elternschaft bei der Analyse der Ausgangslage und der Ermittlung der Handlungsfelder, Maßnahmen und Handlungsziele für das bayerische Handlungs- und Finanzierungskonzept erfolgt bzw. bereits erfolgt ist, welche Verbände, Institutionen und Organisationen hierbei konkret einbezogen werden bzw. wurden und wie sich die zeitliche Planung hierzu gestaltet?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Fällen gelangten in den Jahren 2017 und 2018 in Bayern nicht verkehrsfähige, gesundheitsgefährdende oder ekelerregende Lebensmittel in den Handel bzw. die Gastronomie (bitte getrennt nach beiden Jahren mit Art des Produkts und Umfang der Verbreitung aufführen), in welchen dieser Fälle kam es zu einer Rücknahme bzw. einem stillen Rückruf, und in welchen dieser Fälle wurde die Öffentlichkeit informiert (bitte unter Angabe des Produkts sowie mit Datum und Angabe der Art und Weise der Information)?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum hat die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) den Verkehr auf den Strecken München – Hof und München – Furth im Wald (Grenze) für 16 Jahre ausgeschrieben, warum hat die BEG den Expressverkehr Nordostbayern (EVNO) nur für sieben Jahre ausgeschrieben und wann schreibt die BEG Netto- bzw. Bruttoverträge aus?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da Menschen mit Behinderung, die ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung nicht erbringen können, entweder eine Förderstätte oder eine Tagesstruktur besuchen, frage ich die Staatsregierung, wodurch unterscheiden sich Tagesstruktur und Förderstätte, in welchen bayerischen Einrichtungen werden Menschen mit Behinderung in einer Tagesstruktur anstatt in einer Förderstätte betreut und wie ist es mit der Gleichstellung zu vereinbaren, dass Menschen mit Behinderung, die zuhause leben, einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Förderstätte

haben, Menschen mit Behinderung, die in einer Einrichtung leben, jedoch nicht?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann fanden die im schwarz-orangen Koalitionsvertrag vereinbarten Gespräche bezüglich der IT-Betreuung an Schulen zwischen Staatsregierung und kommunalen Spitzenverbänden statt, was waren die Ergebnisse und welches weitere Vorgehen ist geplant?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie genau ist am Morgen des 26.02.2019 ein 22-jähriger Geflüchteter aus Somalia in einer Schweinfurter Polizeizelle ums Leben gekommen (bitte auch die Ereignisse des Nachts von der Festnahme der Person bis zu seinem Tod erläutern und den Wortlaut des Obduktionsberichts vorlegen) und bestand bei seiner Festnahme Suizidgefahr?

Matthias Fischbach
(FDP)

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussionen zum geplanten sogenannten Gesundheitsbonus der Staatsregierung, welcher vorgelegt wurde, um ihrem Versprechen näher zu kommen, das Schulgeld für die Heilmittelberufe in Bayern vollständig abzuschaffen, frage ich die Staatsregierung, wie hoch die Differenz zwischen dem aktuellen Angebot der Staatsregierung und den bisherigen tatsächlichen Einnahmen durch die Erhebung des Schulgelds in den einzelnen Berufszweigen ist (bitte aufgegliedert nach Ausbildungszweigen und ausgehend von dem maximalen, minimalen und durchschnittlich geforderten Schulgeld), wie die Staatsregierung gedenkt, das eindeutige Versprechen vom 18.09.2018, die Schulgeldfreiheit für Heilmittelerbringer im Freistaat Bayern bereits ab dem zweiten Schulhalbjahr 2018/2019 einzuführen, noch rechtzeitig umzusetzen (bitte einschließlich einer Bewertung, ob die Haushaltsansätze im Entwurf der Staatsregierung für diese Zielerreichung ausreichen werden) und welche Auswirkungen die nun beschlossenen Tarifanpassungen im öffentlichen Dienst möglicherweise auf die Finanzierbarkeit eines Schulgeldverzichts durch die Schulen in Freier Trägerschaft haben könnten?

Christian Flisek
(SPD)

Nachdem laut Bericht der „Landshuter Zeitung“ vom 23.01.2019 der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger die Petition gegen das Zwischenlager Niederaichbach unterstützt, frage ich die Staatsregierung, ob es immer noch zutreffend ist, dass Bayern sieben von insgesamt 26 Containern zur Zwischenlagerung aufnehmen soll, ob Bayern mehr oder weniger Atommüll zur Zwischenlagerung aufnimmt, als es selbst produziert hat, und ob der Atommüll, der in Niederaichbach zwischengelagert werden wird bzw. werden soll, aus Bayern stammt?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Projekte sollen im Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 (Drs. 18/346) mit Kap. 02 03, Tit. 685 53 gefördert werden, wie verteilen sich die Gelder zwischen Projekten der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und Projekten zivilgesellschaftlicher NGO und wie gestaltete sich die Verteilung der Gelder zwischen NGO- und GIZ-initiierten Projekten in den vergangenen zwei Jahren?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche besonders geschützten Wirbeltierarten (z. B. Amphibien) können durch das Walzen von Wiesen nach dem 15. März getötet werden und bei welchen Arten der europäischen Vogelschutzrichtlinie (z. B. Wiesenbrüter) kann die Zerstörung der Fortpflanzungsstätten zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population führen und welche Maßnahmen schlägt die Staatsregierung vor, um diese Eingriffe in die Population zu vermeiden?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche genauen Maßnahmen stehen hinter dem Förderprogramm „Handwerk Innovativ“, auf das im Haushaltsentwurf 2019/2020 im Einzelplan 07 Kap. 07 03 Tit. 686 51 verwiesen wird, für welche Art von Betrieben (kleine und mittlere Unternehmen, Großbetriebe) ist diese Förderung beantragbar und wie viele Gelder wurden zu diesem Förderprogramm bereits abgerufen (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Maßnahmen und Betriebsarten)?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche staatlichen Grundschulen in Bayern greifen inzwischen auf die Möglichkeit von Lernentwicklungsgesprächen zurück (bitte aufgeschlüsselt nach Schulamtsbereich), für welche Klassen werden die Lernentwicklungsgespräche an den jeweiligen Schulen angeboten und ist es geplant, Lernentwicklungsgespräche als Alternative zum Zwischenzeugnis oder Übertrittszeugnis zukünftig auch in den vierten Klassen anzubieten?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, gilt das Verbot der Kopplung sachlich nicht zusammenhängender Materien in einem Volksbegehren (sog. Kopplungsverbot), das der Bayerische Verfassungsgerichtshof aus Art. 7 Abs. 2 i. V. m. Art. 2 Abs. 1 Bayerische Verfassung (BV) ableitet (vgl. VerfGHE 53, 23) auch für einen eigenen Vorschlag des Landtags nach Art. 74 Abs. 4 BV, der dem Volk zur Entscheidung vorgelegt wird?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Arbeitsmarktzugang für die Betroffenen in der ANKER-Außenstelle in Mering geregelt (bitte die Integrations- und Sprachkurse in Mering und in der ANKER-Außenstelle auflisten), wie lange müssen die Betroffenen in der Außenstelle verbleiben, bevor sie auf die kommunalen Unterkünfte verteilt werden (bitte auch die Regelung bei der Residenzpflicht benennen) und gibt es ein Konzept, damit die Kinder Fördermaßnahmen ähnlich dem „Family House“ in der Bayernkaserne und psychologische Betreuung erhalten?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann wird die Bayerische Förderrichtlinie zum Herdenschutz der EU-Kommission zur Notifizierung vorgelegt, in welchem Kapitel (bitte genaue Bezeichnung) und mit welchem Betrag ist die Mittelausstattung (Finanzierung) der Bayerischen Förderrichtlinie zum Herdenschutz im Haushaltsplan eingestellt?

Paul Knoblach (BÜN-
DNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit den in den nächsten Jahren voraussichtlich zunehmenden Trockenperioden, die vor allem die Landwirt-

schaft, insbesondere den Anbau von Sonderkulturen, in Bayern treffen, frage ich die Staatsregierung, welchen Stellenwert der Anbau von Sonderkulturen in Unterfranken, mit dem Hauptaugenmerk auf den nördlichen Landkreis Würzburg inklusive Anliegern, für die Staatsregierung hat, ob ihr das regionale Problem der landwirtschaftlichen Wasserversorgung bekannt ist und auf welchen Wegen sie die Wasserversorgung der Feldgemüseflächen in Unterfranken gemeinsam mit dem Bezirk Unterfranken oder punktuell mit Kommunen und Städten sicherstellen will, ohne in Konkurrenz mit der Wasserversorgung der Siedlungsgebiete zu treten?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der ca. 770 geschlossen geführten Heimplätze für erwachsene, psychisch kranke Menschen in Oberbayern werden mit Patientinnen und Patienten aus anderen Regierungsbezirken Bayerns, wie viele mit Patientinnen und Patienten aus anderen Bundesländern belegt und wie lange ist die durchschnittliche Verweildauer der Patientinnen und Patienten in den geschlossenen Heimen?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten sie hat, die renommierte Bayerische Akademie für Fernsehen und Digitale Medien so zu unterstützen, dass gewährleistet ist, dass die Akademie auch nach ihrem Umzug im August 2019 ohne Abstriche in der Ausbildungsqualität und den -kapazitäten weiterbestehen kann und welchen zukünftigen Standort die Staatsregierung als geeignet einschätzt?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Naturschutzgebieten im Landkreis Donau-Ries und im Landkreis Dillingen a. d. Donau ist der Einsatz von Pestiziden in der Naturschutzgebietsverordnung nicht verboten und welche Pestizide kamen in welchem Naturschutzgebiet in den letzten zwei Jahren zum Einsatz?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die Antwort zu meiner Schriftlichen Anfrage betreffend „Bayerisches Baukindergeld Plus und Eigenheimzulage“ frage ich die Staatsregierung, ob – wie von der Staatsregierung in der Antwort zu den Fragen 1 und 2 dargelegt - bislang tatsächlich gar keine Antragsstellung auf Baukindergeld Plus möglich war, obwohl dies laut offizieller Homepage (www.baukindergeld.bayern.de) seit 18.09.2018 möglich sein sollte oder ob Anträge gestellt, aber nicht bewilligt werden konnten und wie es vor diesem Hintergrund zu bewerten ist, dass die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage der LINKEN im Januar 2019 für das 4. Quartal 2018 bereits 6.941 Baukindergeld-Zuschuss-Zusagen für Bayern bestätigt?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen umfasst das auf Seite 60 (https://www.csu.de/common/csu/content/-csu/hauptnavigation/dokumente2018Koalitionsvertrag__Gesamtfassung_final_2018-11-02.pdf) des Koalitionsvertrags angekündigte „Afrika-Paket“ der Staatsregierung, welche konkreten Titel sind dafür im Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 vorgesehen und welche Initiativen sollen damit gefördert werden?

Ruth Müller
(SPD)

Nachdem der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger den Standort Niederaichbach für ein Zwischenlager offenbar für ungeeignet hält, frage ich die Staatsregierung, ob beabsichtigt ist, die vom damaligen Ministerpräsidenten Horst Seehofer im Rahmen des Atomkonsenses akzeptierten Vereinbarungen aufzukündigen, welche anderen Standorte als Niederaichbach für die Zwischenlagerung von der Staatsregierung vorgeschlagen werden bzw. nach welchen Kriterien eine neuerliche Standortsuche in Bayern ablaufen soll?

Alexander Muthmann
(FDP)

Vor dem Hintergrund der regionalen, historischen, fachspezifischen und identitätsstiftenden Bedeutung der Glasfachs Schule Zwiesel und im Hinblick auf das bevorstehende Ausscheiden des derzeitigen Schulleiters frage ich die Staatsregierung, bis zu welchem Zeitpunkt die Eigenständigkeit der Glasfachs Schule Zwiesel garantiert werden kann (bitte dabei auch die Pläne hinsichtlich der Eigenständigkeit der Glasfachs Schule Zwiesel mit erläutern), wie die Staatsregierung die bisherige Struktur der Glasfachs Schule als eigenständige Schule bewertet (insbesondere hinsichtlich der im Einleitungsteil genannten Aspekte der Bedeutung) und bis zu welchem Zeitpunkt eine Neubesetzung der freiwerdenden Schulleiterstelle erfolgen soll?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der Hausdurchsuchung in den Räumlichkeiten des Nürnberger „Projekt 31“ und des „Alternative Kultur Nürnberg e.V.“ frage ich die Staatsregierung, ob es konkrete Verdachtsmomente gegen das Kulturzentrum bzw. den Verein gibt, die eine Hausdurchsuchung gerechtfertigt haben, Tatvorwürfe in welchem Umfang konkret im Raum stehen und ob es richtig ist, dass auch Wohnungen und Räumlichkeiten unbeteiligter Dritter Teil dieser Ermittlungsmaßnahme wurden?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, können Städte und Gemeinden, die Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen erhalten, auf die angekündigte Neuregelung des Art. 13 Abs. 6 Kommunalabgabengesetz (KAG), die den Gemeinden einen hundertprozentigen Erlass der Straßenerschließungsgebühren für Altfälle vorsehen soll, das angekündigte „freie Ermessen“ ausüben, ohne damit eine Rückforderung der Bedarfszuweisungen bzw. Stabilisierungsmittel oder weitere verschärfte Auflagen zu riskieren und ist für diese Städte und Gemeinden eine Aufstockung der Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen vorgesehen, wenn diese durch die angekündigten Neuregelung des Art. 13 Abs. 6 KAG unter Druck gesetzt wurden, die Gebühren aus Erschließungsbeiträgen zu erlassen?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kriterien liegen den jeweiligen geförderten Summen für die einzelnen Räumlichkeiten in der Zuweisungsrichtlinie zum Summenraumprogramm für Kindertageseinrichtungen zugrunde (bitte ggf. differenziert nach Art der Kindertageseinrichtung angeben), inwieweit wurden wissenschaftliche und entwicklungspsychologische Erkenntnisse zum Raumbedarf und Kindeswohl von Kindern der verschiedenen Al-

tersgruppen berücksichtigt und welche Überlegungen haben zur jüngsten Anhebung der Werte im Summenraumprogramm unter anderem für Speise- und Schlafräum geführt?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, plant eine Stadt aus Bayern mit Unterstützung der Staatsregierung eine Bewerbung um den Titel der Europäischen Innovationshauptstadt 2019 (wenn nein, bitte begründen), mit welchem Erfolg haben sich bayerische Städte in den vergangenen Jahren in diesem Wettbewerb beworben, wie bewertet die Staatsregierung den Wettbewerb mit Blick auf die Zielsetzung, innovative und dynamische Ökosysteme auszuzeichnen, die integrative Wege finden, Bürgerschaft, öffentliche Verwaltung, Hochschulen und Unternehmen miteinander zu vernetzen, um soziale Vorteile für alle zu erreichen?

Dr. Martin Runge
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand im Planungs- und Genehmigungsverfahren zum barrierefreien Ausbau des S-Bahnhofs Puchheim (Bfu Puchheim), weshalb wird von der Staatsregierung, konkret vom Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr mit Schreiben vom 11.02.2019 an die Stadt Puchheim, jetzt von der Stadt Puchheim eine „neue Beschlusslage“ eingefordert („es bedarf seitens der Stadt einer neuen Beschlusslage“), obwohl seitens der Stadt Puchheim, wie im übrigen auch seitens des Senioren- und des Behindertenbeirats Puchheims, stets die Variante mit einem neuen Außenbahnsteig an der Nordseite, der Anhebung des Bahnsteigs im Süden und zwei Aufzugsanlagen (Variante 2b in der Machbarkeitsstudie der Schüßler Plan Ingenieurgesellschaft mbH von 2014) favorisiert worden war, was gegenüber Vertretern des zuständigen Staatsministeriums und der DB AG auch immer wieder so kommuniziert worden war, und welche Auswirkungen hat die eingeschobene neuerliche Variantenbetrachtung nach Einschätzung der Staatsregierung auf die Zeitplanung – ein Ministerialdirektor hatte diesbezüglich bei einem Gespräch am 23.11.2018 mit Vertretern der Stadt Puchheim und des Puchheimer Behindertenbeirates von einem nur geringen Zeitverzug gesprochen –, so wie die Zeitplanung im Programm Bahnausbau Region München mit „Inbetriebnahme Ende 2021 (ohne Berücksichtigung von Klagen)“ festgehalten und veröffentlicht ist?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mobilfunkmasten stehen in den Landkreisen Freyung-Grafenau und Regen, wie ist die Netzabdeckung in diesen Landkreisen und welche dieser Funkmasten sind nicht im aktiven Betrieb (bitte insb. auf die Gemeinde Hohenau eingehen)?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der Zuschüsse des Freistaates Bayern an den Münchner Verkehrsverbund für die dortige Tarifreform frage ich die Staatsregierung, ob sie bereit ist, einen proportional angepassten dauerhaften Zuschuss an den Augsburger Verkehrsverbund für Nachbesserungen an der Augsburger Tarifreform zu bezahlen, welche Voraussetzungen dafür aus Sicht der Staatsregierung aufseiten des Augsburger Tarif- und Verkehrsverbunds

(AVV) gegeben sein müssen und wie die Staatsregierung rechtfertigt, dass bisher ausschließlich der Münchner Verkehrsverbund zusätzliche Zuschüsse für Verbesserungen im Tarifgefüge bekommen hat, wo es doch über 35 andere Verkehrsverbände in Bayern gibt, von denen gerade die großstädtischen mit sehr ähnlichen Problemen wie München kämpfen?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Menschen mit deutschem Pass sind derzeit nach ihren Erkenntnissen in syrischen Kampfgebieten inhaftiert, wie viele davon haben auch eine doppelte Staatsangehörigkeit und wie viele hatten ihren Wohnsitz vor der Ausreise in Bayern (bitte jeweils aufschlüsseln nach Männern, Frauen oder Kindern)?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie weit sind die Planungen gediehen, befristete Lehrkräfte zu entfristen und den Schulen damit Planungssicherheit zu verschaffen?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie zur Einhaltung der mit den Rechteinhabern geschlossenen Vereinbarungen nach Art. 13 der geplanten Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rats für das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt für „geeignet und angemessen“ hält, wie sie den Kompromiss zwischen Deutschland und Frankreich bezüglich kleiner Unternehmen und Start-ups einschätzt und welche kartellrechtlichen Schwierigkeiten infolge einer möglichen Monopolisierung großer Internetkonzerne durch sogenannte Upload-Filter entstehen können?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erfahrungen wurden bei bisherigen staatlichen Hochbaumaßnahmen mit dem Instrument des externen Controllings gemacht, ab welcher Bausumme erscheint es sinnvoll und bei welchen Baumaßnahmen, die im Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen des Entwurfs des Haushalts 2019/2020 ausgewiesen sind, wird es angewendet?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Pflegeplatzgarantie umsetzen möchte, obwohl jetzt bereits aufgrund des Fachkräftemangels viele Pflegebetten in den Heimen leer stehen, welche konkreten Maßnahmen sie ergreifen will, um den Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz umsetzen zu können und welcher Zeitplan hierfür zugrunde liegt?

Diana Stachowitz
(SPD)

Nachdem aus der Antwort der Staatsregierung auf meine Schriftliche Anfrage „Mit Hopfen gegen die Varroa-Milbe“ vom 11.02.2016 (Drs. 17/10491) zu entnehmen ist, dass sich das Präparat „HopGuard“ im europäischen Zulassungsverfahren befindet, frage ich die Staatsregierung, wie bewertet die Staatsregierung nach neuesten Erkenntnissen die Wirksamkeit des Naturstoffpräparats „HopGuard“ aus den USA zum Einsatz gegen die Varroa-Milbe und bis wann ist mit einer Zulassung des Mittels zu rechnen?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, können Blühflächen, die derzeit von Landwirten als Patenschaftsmodell angeboten werden, weiterhin mit dem KULAP-Programm (KULAP = Kulturlandschaftsprogramm) gefördert werden bzw. welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, damit die Förderung aus diesem Programm trotz Patenschaft weiter möglich ist?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Frauen in Bayern nach Kenntnis der Staatsregierung von ihrem Auskunftsrecht nach dem Lohntransparenzgesetz Gebrauch gemacht oder bereits ein gerichtliches Verfahren bezüglich ihres Auskunftsrechts durchlaufen haben?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung zu der geplanten Reaktivierung des Personennahverkehrs und der damit verbundenen geplanten privatvorfinanzierten Instandsetzung der Bahninfrastruktur Dombühl-Wilburgstetten, wie sieht die aktuelle Planung für den Umbau und die Erweiterung des Bahnhofs Dombühl aus, nachdem es von den Landkreisen Ansbach und Schwäbisch Hall Forderungen zur Verlängerung der S-Bahn nach Crailsheim gibt, wie kann sichergestellt werden, dass nach erfolgter Investition zu Ertüchtigung der Bahnstrecke die Betriebsaufnahme in wenigen Monaten erfolgt und wie kann erreicht werden, dass die Ausgestaltung der Ausschreibung für die Zugleistung der Strecke Dombühl – Wilburgstetten auf die betriebsbereite Ertüchtigung zeitlich abgestimmt wird?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler mit sozial-emotionalem Förderbedarf werden in welchen Klassenstufen welcher Schularten in Bayern unterrichtet?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Polizeieinsätze gab es 2018 in der Flüchtlingsunterkunft „BFZ Peters“ in Waldkraiburg?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche bindenden Vorgaben gibt es vonseiten der Staatsregierung zum Umgang mit Eigentum (insbesondere Wertsachen) von abgeschobenen Flüchtlingen (bitte auch die Art und Weise der Überprüfung der Einhaltung dieser Vorgaben mit angeben), gab es bisher Beschwerden, Verbesserungswünsche usw. zu diesen Vorgaben seitens Asylsuchender, Helferkreisen oder anderen Stellen (nach Bezirken aufgeschlüsselt), und wie stellt die Staatsregierung sicher, dass die Geflüchteten selbst nachvollziehbar von diesen Vorgaben Kenntnis erhalten, um entsprechende Vorkehrungen zu treffen?